



Mittwoch, 13. Februar 2019

# Globale Verantwortung muss gesetzlich verankert werden

## ***KAB und Weltnotwerk unterstützen Pläne für Wertschöpfungskettengesetz***

**Köln/ Berlin.** Die KAB Deutschlands sowie Weltnotwerk, das internationale Hilfswerk der KAB, begrüßen die Gesetzesinitiative von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) zu mehr Unternehmensverantwortung im Ausland. „Deutsche Unternehmen, die global agieren, müssen endlich gesetzlich verpflichtet werden, menschenwürdige und existenzsichernde Löhne in ihren Produktionsketten durchzusetzen“, erklärt KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. Mit dem Gesetzentwurf sollen deutsche Unternehmen verpflichtet werden, soziale und ökologische Mindeststandards entlang ihrer Lieferketten und Zulieferfirmen einzuhalten. „Waren und Rohstoffe dürfen nicht länger durch Kinderarbeit und Ausbeutung hergestellt werden“, so der Vorsitzende des Weltnotwerks Michael Schmitt. Wichtig sei es daher, eine verpflichtende Transparenz über Produktions- und Lieferketten per Gesetz herzustellen.

## **Freiwilligkeit reicht nicht aus / Existenzsichernde Löhne bei Zulieferfirmen**

Eine Zwischenbilanz des freiwilligen „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)“ von Menschenrechtsorganisationen, dem DGB und VENRO (Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe), dem das Weltnotwerk angehört, zeige deutlich, dass ein deutsches Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfalt notwendig ist. In vielen Wertschöpfungsketten, wie der Textilindustrie und der Elektronikbranche, sind Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen an der Tagesordnung. „Um Menschenrechte in der Wirtschaft zu schützen und die Umsetzung der ILO-Arbeitsnormen zu fördern, ist ein gesetzlicher Rahmen und die Unterstützung von Gewerkschaften und Bündnisse vor Ort notwendig“, so der KAB-Bundesvorsitzende Andreas Luttmer-Bensmann.

Jüngstes Beispiel ist die Abweisung einer Klage von Betroffenen eines Fabrikbrandes gegen das Textilunternehmen KiK vor dem Dortmunder Landgericht. KiK wurde als Hauptabnehmer beim Zulieferbetrieb Ali Enterprises in Pakistan eine Mitverantwortung für die katastrophalen Arbeitsbedingungen vorgeworfen. Bei einem Brand im Jahre 2012 kamen dort 258 Arbeitnehmerinnen ums Leben. „Deutsche Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, in ihren Produktionsketten existenzsichernde Löhne zu zahlen und der Arbeitsschutz einzuhalten“, fordert Weltnotwerk-Vorsitzender Schmitt.

---

Matthias Rabbe  
Pressereferat der KAB Deutschlands e.V.

Bernhard - Letterhaus Str. 26  
50670 Köln - Deutschland  
Tel.: 0221 77 22 130

Mob: 0178 77 22 414  
[kab.deutschlands@kab.de](mailto:kab.deutschlands@kab.de)  
[www.kab.de](http://www.kab.de)